

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

auf Durchführung einer Aktuellen Stunde nach § 60 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtages in der 42. Landtagssitzung am 02.03.2017 zum Thema:

Internationaler Frauentag: Politische und ökonomische Gleichstellung weiter voranbringen

Ein wichtiges Fundament unserer Demokratie bildet die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wie dieses Grundrecht gesellschaftlich ausgestaltet und gelebt wird, ist und bleibt im Fluss. Vieles haben sich Frauen in den letzten Jahrzehnten erkämpft. Dazu gehören Gesetze, die Hürden abbauen, Gleichberechtigung fördern und Wahlmöglichkeiten schaffen. Dennoch bleibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern. Denn obwohl Frauen oft gut ausgebildet sind, und gerade im Land Brandenburg mit einer hohen weiblichen Erwerbsbeteiligungsquote eigenes Geld verdienen und Diskriminierung gesetzlich verboten ist, verdienen Frauen deutlich weniger als Männer, fehlen in Führungspositionen und sind immer noch täglich Gewalt und Sexismus ausgesetzt. Frauen tragen noch immer den Löwenanteil an Sorge- und Hausarbeit, befinden sich überdurchschnittlich häufig in prekärer Beschäftigung und sind durch ihre familienbedingt gebrochenen Erwerbsbiographien in höherem Maße von Altersarmut bedroht. Besonders schwierig ist die Situation von Alleinerziehenden, von denen 90% Frauen sind.

Die 27. Brandenburgische Frauenwoche wird sich ab dem 2. März unter dem Motto „FrauenMACHT faire Chancen“ dem im Wahljahr 2017 so wichtigen Thema der politischen Teilhabe widmen.

Am 20.2. wurde die neue OECD-Studie vorgestellt, die aufzeigt, warum Frauen trotz steigender Erwerbstätigkeit so wenig zum Haushaltseinkommen beitragen wie in keinem anderen europäischen Vergleichsland.

Der Landtag hat im vergangenen Herbst das "Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm für das Land Brandenburg" verabschiedet, und damit ein deutliches Zeichen für gesellschaftlichen Fortschritt gesetzt. Gegenstand der Aktuellen Stunde sollen die Aufgaben sein, die auf Landes- und Bundesebene noch zu lösen sind, sowie notwendige Initiativen, um die erreichten Rechte für Frauen zu verteidigen.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN